

Niederschrift  
der 02. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 02.07.2025  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:20 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

**Anwesend:**

Vorsitzende/r

Herr Detlef Lindner

stellv. Vorsitzende/r

Herr Christian Binder

Herr Michael Werner

Mitglieder

Frau Kathrin Bischoff

Frau Sandra Graf

Frau Gabriele Szelwis

Herr Dr. Arnold von Bosse

Vertreter

Herr Nico Meyer

Frau Kathrin Ruhnke

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr André Meißner

Gäste

Herr Ralf Brüssow

Herr Dr. Finn Viehberg

Herr René Gottwald

Herr Heuer

## **Tagesordnung:**

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 05.03.2025
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
  - 4.1** Parksituation Kleingartenverein Mühlgraben e.V.
  - 4.2** Sachstand KGV „Am Bodden“ e. V.
  - 4.3** Erdrutsch im KGV „Stadion „ e. V.
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Stadtkleingartenausschusses sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Lindner, geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 05.03.2025**

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 05.03.2025 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

#### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1 Parksituation Kleingartenverein Mühlgraben e.V.**

Herr Lindner beantragt das Rederecht für Herrn Gottwald, Vereinsvorsitzender des KGV „Mühlgraben“ e.V..

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

Herr Gottwald erhält somit Rederecht zu dem Tagesordnungspunkt.

Herr Lindner leitet in die Thematik ein. Demnach war es über viele Jahre möglich, am KGV zu parken.

Seitens der Verwaltung ist das Parken nunmehr untersagt worden. Stattdessen soll der Bereich als Grünfläche genutzt werden.

Herr Meißner teilt mit, dass ihm die Situation bekannt ist und er sich mit dieser auseinandergesetzt hat. Durch die Verwaltung sind bereits entsprechende Hinweise gegeben worden.

Der vorliegende Tagesordnungspunkt wurde zum Anlass genommen, die Angelegenheit erneut intensiv zu prüfen.

Es bleibt festzuhalten, dass das betreffende Areal im B-Plan 14 b als öffentliche Grünfläche ohne weitere Zweckbestimmung ausgewiesen ist. Darauf ist mehrfach hingewiesen worden. Das Abstellen der Fahrzeuge in dem Bereich ist demnach als Parken in einer Grünanlage zu ahnden. Herr Meißner verweist auf die durch die Bürgerschaft beschlossene Grünflächensatzung. Durch den KOD wird die Einhaltung der Satzung durchgesetzt. Die beschriebene Sachlage ist sowohl in der Planzeichnung als auch in der textlichen Festsetzung zum B-Plan geregelt. Auf die Anordnung von Stellflächen sei demnach verzichtet worden, da die Unterbringung der Fahrzeuge aufgrund der begrenzten Anzahl im öffentlichen Raum möglich sei.

Eine nachträgliche Legitimierung scheint nicht angezeigt, da es sich um eine bewusste, zielgerichtete Planungsentscheidung handelt.

Herr Meißner stellt klar, dass seitens der Verwaltung die Festsetzungen des B-Plans durchzusetzen sind. Das durch den Kleingartenverein aufgestellte Parkplatzschild mit Zusatzschild ist demnach zu entfernen.

Herr Lindner merkt an, dass die Parksituation im sog. öffentlichen Raum nicht entspannt ist. Er erkundigt sich nach einem möglichen Ermessensspielraum.

Herr Meißner verweist erneut auf die geltende Rechtslage.

Frau Graf sieht Diskrepanzen zwischen den Ausweisungen im vorliegenden Lageplan und im B-Plan.

Herr Meißner hat keine Kenntnis von dem genannten Lageplan. Auch im Kleingartenentwicklungskonzept ist auf dem Maßnahmenblatt kein Parkplatz eingezeichnet.

Frau Graf regt an, dass seitens der Verwaltung Ermessensspielräume geprüft werden.

Herr Meißner nimmt die Anregung entgegen. Er stellt jedoch klar, dass die Prüfung des Rechtsrahmens, also des B-Planes, abgeschlossen ist.

Herr Gottwald verweist auf die Altersstruktur der Pächter und den begrenzten Parkraum im Umfeld. Darüber hinaus ist das Areal seit Jahrzehnten als Parkplatz genutzt und entsprechend gepflegt worden.

Herr Dr. Viehberg geht auf die Anlage 7 des Kleingartenentwicklungskonzeptes ein. Darin ist ein Hinweis auf die Parksituation enthalten, wonach ein Parkplatz besteht.

Herr Dr. Viehberg appelliert an die Verwaltung und die Fraktionen der Bürgerschaft, bei der Aufstellung von B-Plänen auch die Kleingartenvereine zu berücksichtigen, um diesen Rechtssicherheit zu geben.

Er gesteht ein, dass die Rechtskraft des B-Planes der Aussage im Kleingartenentwicklungskonzept überwiegt.

Herr Dr. von Bosse macht auf die Möglichkeit einer juristischen Klärung aufmerksam. Dadurch könnte eine Abwägung der öffentlichen bzw. individuellen Interessen mit einzelnen Punkten des bestehenden B-Plans erreicht werden.

Herr Lindner erfragt Lösungsmöglichkeiten für die bestehende Problematik. Außerdem bittet er um Auskunft, wer für die Pflege der betreffenden Fläche verantwortlich ist.

Herr Meißner führt aus, dass öffentliche Grünflächen durch die Hansestadt Stralsund extensiv gepflegt werden.

Er wiederholt, dass eine Prüfung ergeben hat, dass eine nachträgliche Legitimierung der Parkflächen, also eine Abweichung von den Festsetzungen des B-Planes, nicht angezeigt scheint.

Herr Lindner ist der Auffassung, dass es Möglichkeiten geben muss, bewusste Entscheidungen auch zu revidieren.

Herr Meißner berichtet, dass es zielführende Gespräche mit dem Verein zur Thematik gegeben habe. Er geht näher darauf ein. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Verwaltung derart kritisiert wird.

Herr Meißner macht deutlich, dass der B-Plan für die Hansestadt Stralsund bindend ist. Der Bürgerschaft steht es frei, ein Verfahren zur Änderung eines B-Planes anzustoßen.

Herr Meyer stellt das öffentliche Interesse an der betreffenden Grünfläche in Frage. Es sei nicht zielführend, dass Kleingartenanlagen nicht mehr mit dem Pkw erreichbar sind.

Herr Dr. von Bosse hält eine Initiative des Ausschusses oder einer Fraktion in der Bürgerschaft zur Änderung des B-Planes für einen denkbaren Weg. Weitere Option wäre eine Duldung der Situation.

Herr Meißner spricht sich dagegen aus, in der Öffentlichkeit dazu aufzurufen, gegen eine öffentliche Festsetzung zu verstoßen. Er verweist auf die bisherigen Ausführungen und die Gespräche mit dem Verein.

Herr Gottwald kann die derzeitige Situation nicht nachvollziehen. Er sieht den dringenden Bedarf an Stellflächen.

Herr Meißner geht auf das Kleingartenentwicklungskonzept ein. Für viele Vereine wird perspektivisch angeregt, Parkflächen innerhalb der Anlagen zu schaffen. Auf die angesprochenen Ahndungen durch den KOD teilt Herr Meißner mit, dass ihm nur ein Fall in dem Bereich bekannt ist. Das Fahrzeug habe zwischen den Bäumen geparkt. Die Grünflächensatzung ist mit der Ahndung durch den KOD ordnungsgemäß durchgesetzt worden.

Herr Dr. Viehberg spricht sich dafür aus, erstmalig in M-V einen Kleingartenverein in einen B-Plan zu überführen. Herr Meißner weist an der Planzeichnung darauf hin, dass hier der Kleingarten Bestandteil des Bebauungsplanes ist.

Herr Lindner appelliert an die Verwaltung, einen Kompromiss zu finden. Zur möglichen Änderung des B-Planes macht er deutlich, dass dies zeit- und kostenaufwendig ist. Die Thematik wird zur nächsten Sitzung des Stadtkleingartenausschusses erneut beraten.

#### **zu 4.2 Sachstand KGV „Am Bodden“ e. V.**

Herr Brüssow bezieht sich auf eine Aussage von Herrn Dr. Raith während einer Bürgerschaftssitzung, wonach in dem Bereich eine Kartierung erfolgen muss. Aus Sicht der Vereinsmitglieder ist diese Aussage nicht zufriedenstellend, da eine Kartierung über eine Zeitspanne von einem Jahr erfolgt.

Herr Brüssow erfragt, ob in Vorbereitung der Renaturierung 2010/2011 auch eine Kartierung vorgenommen wurde.

Diesbezüglich kann Herr Meißner keine Aussage tätigen, sagt aber zu, die Antwort nachzureichen.

Außerdem erkundigt er sich, ob die Verwaltung Schritte eingeleitet hat, um zeitnah ein Prüfergebnis vorlegen zu können bzw. Maßnahmen einzuleiten.

Herr Meißner erklärt dazu, dass es nach Rücksprache mit dem StALU Fördermittel für eine Studie gibt, die den jetzigen Zustand abbilden würde.

Ein beauftragtes Ingenieurbüro hat eine Kostenschätzung unter den Gesichtspunkten „Ufersicherung und Strandaufschüttung am Strandabschnitt Boddenweg im Stadtteil

Andershof“ erstellt. Aus dieser Kostenschätzung wurde ein Fördermittelantrag entwickelt. Dieser Fördermittelantrag wird jetzt verwaltungsintern ausgefüllt und dann beim StALU eingereicht.

Herr Brüssow teilt die Befürchtungen seiner Vereinsmitglieder mit, dass die Stadt die Betroffenen inhält, außerdem sehen diese keinen Sinn darin, ihre Gärten zu bewirtschaften, wenn sie die Lauben nicht mehr nutzen dürfen. Auch die Frage, wer bei einer Versetzung die Laube für die Kosten aufkommt, beschäftigt die Vereinsmitglieder. Weiterhin besteht die Sorge, dass aus dem Gartenland Bauland werden soll.

Herr Brüssow bittet um Informationen von Seiten der Stadtverwaltung, um diese Befürchtungen entkräften zu können.

Herr Meißner bestätigt, dass ein geltender Flächennutzungsplan vorliegt. Um diesen zu ändern, wäre ein Beschluss der Bürgerschaft notwendig. Von Seiten der Verwaltung besteht nicht die Absicht, den Flächennutzungsplan in der aufgeworfenen Hinsicht zu ändern.

Herr Meißner betont, dass rechtlich festgelegt ist, welche Küstenabschnitte durch Küstenschutzmaßnahmen geschützt werden und welche nicht. An diese rechtlichen Vorgaben hat die Hansestadt sich zu halten. Hinzu kommen die hohen Hürden aus dem Naturschutz.

Weiterhin erklärt der Mitarbeiter des Amtes 60, dass einige Lauben ihre Nutzungsdauer erreicht oder überschritten haben. Dies bedeutet, dass, wenn der Garten durch Investitionen in die Laube weiterhin genutzt werden soll, diese an einer anderen Stelle neu errichtet werden sollte.

Herr Dr. von Bosse hinterfragt, aus welchem Grund das Kartierungsgutachten erstellt werden soll. Nach seiner Meinung ist es unzulässig, dort Bühnen zu errichten oder Wellenbrecher hinzulegen. Außerdem merkt er die hohen Kosten für die Maßnahmen an. Nach der Einschätzung von Herrn Dr. von Bosse handelt es sich um einen komplizierten Sachverhalt, wobei der Stadt nicht vorgeworfen werden kann, dass diese das Verfahren verzögert.

Herr Brüssow führt mehrere Schreiben der Verwaltung an, in denen im Zuge der Renaturierung 2010 unter anderem 720 Weidenstecklinge und 80 Findlinge aufgeführt sind. Diese sind bis heute nicht vor Ort.

Herr Meißner betont, dass die Renaturierung nicht rückgängig gemacht werden kann. Eine Strandaufschüttung und Ufersicherung am Strandabschnitt Boddenweg im Stadtteil Andershof kann eine Lösung sein und kann aufgrund von weiteren B-Plänen, die sich in diesem Areal in Umsetzung befinden, auch begründet werden.

Nachfolgend nennt Herr Meißner einige Punkte, die bei einer Kartierung berücksichtigt werden. Darunter fallen ein zu erarbeitender Biotopschutzbeitrag, aus dem dann konkrete Ausgleichsmaßnahmen abgeleitet werden sowie eine Kartierung von Brutvögeln, Fledermäusen und Fischottern. Außerdem erfolgt eine Baumhöhlenkontrolle und die Erfassung von Habitaträumen für gehölbewohnende Käfer. Herr Meißner nennt noch weitere Punkte, die im Zuge einer Kartierung abgearbeitet werden müssen.

Herr Lindner fragt, warum die Kartierung nicht schon 2011 vor den Abrissarbeiten vorgenommen wurde.

Die Annahme von Frau Graf, dass der Hang seit den Renaturierungsmaßnahmen abrutscht, kann Herr Meißner nicht bestätigen.

Herr Brüssow bestätigt, dass über mögliche Veränderungen gesprochen werden muss, dennoch ist er sehr an der Klärung der Schulfrage interessiert.

Herr Dr. von Bosse unterbreitet einen Vorschlag, wie die Geschehnisse aufgearbeitet werden können, teilt allerdings mit, dass alle Ansprüche verjährt sind.

Herr Lindner schließt den Tagesordnungspunkt.

#### **zu 4.3 Erdbeben im KGV „Stadion“, e. V.**

Herr Brüssow geht auf die Thematik ein. Ausgehend vom Betreuten Wohnen Stadtkoppel drückt das Erdreich die Zäune des anliegenden Kleingartenvereins ein. Er bittet die Verwaltung, sich der Thematik anzunehmen.

Herr Meißner teilt mit, dass ihm der Sachverhalt bekannt ist. Er berichtet, dass im Jahr 2020 zwischen Eigentümer des betreffenden Grundstücks und dem Kleingartenverein eine Vereinbarung getroffen wurde.

Demnach sollten im Zuge der Baumaßnahmen Borde gesetzt und das Regenwasser in eine Zisterne abgeleitet werden. Außerdem sollte die Gefällegelag an der betreffenden Fläche angepasst und von der Kleingartenanlage weggeführt werden.

Mit dem Eigentümer des Grundstücks ist erneut das Gespräch gesucht worden. Herr Meißner berichtet, dass dieser zugesichert hat, die bauliche Situation zu verändern. Ein konkreter Zeitpunkt ist noch nicht vereinbart.

Herr Lindner stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und beendet den Tagesordnungspunkt.

#### **zu 5 Verschiedenes**

Auf Nachfrage von Herrn Werner teilt Herr Lindner mit, dass ein Schreiben der Verwaltung zur Fragestellung, warum die Vertreter des Kreisverbandes der Gartenfreunde Stralsund e.V. mit der Änderung der Hauptsatzung kein Stimmrecht mehr im Stadtkleingartenausschuss haben, eingegangen ist.

Das Schreiben wird den Mitgliedern des Ausschusses im Nachgang durch die Geschäftsführung des Ausschusses zur Verfügung gestellt.

Eine Änderung der Regelung scheint nicht wahrscheinlich.

Herr Brüssow merkt an, dass die Vertreter des Kreisverbandes in ihrer Freizeit am Ausschuss teilnehmen. Er regt seitens der Fraktionen an, die nun bestehende Regelung zu überdenken.

Herr Dr. Viehberg meint, dass es auch eine Frage der Wertschätzung ist.

Frau Graf regt an, die Berichterstattung des Kreisverbandes wieder als Tagesordnungspunkt zu etablieren.

Herr Dr. Viehberg berichtet, dass es zunehmend schwieriger wird, Nachwuchs für die Vorstandsarbeit in den Vereinen zu gewinnen.

Er führt weiter aus, dass weiterhin Schulungen und Fach- sowie Rechtsvorträge stattfinden. Auf der letzten Delegiertenversammlung wurde vereinbart, die Rahmengartenordnung zu überarbeiten und die eigene Satzung anzupassen.

Herr Lindner stellt klar, dass es keine Berichtspflicht des Kreisverbandes gegenüber dem Stadtkleingartenausschuss gibt. Daher spricht er sich für einen Tagesordnungspunkt „Probleme / Anregungen des Kreisverbandes“ aus.

Dahingehend besteht Konsens bei den Anwesenden.

Da kein Redebedarf für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung angezeigt wird, entfallen die weiteren Tagesordnungspunkte.

Herr Lindner dankt für die Mitarbeit und beendet die 02. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses.

**zu 9      Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen  
aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Detlef Lindner  
Vorsitzender

gez. Gaby Ely  
Protokollführung